

Fünf Fallstricke in Präsident Paul Biyas Aufruf zu einem nationalen Dialog zur Lösung des anglophonen Konflikts in Kamerun

Der Präsident sagte in seiner gestrigen Rede: von vielen Seiten sei der Dialog gefordert worden, weil es so aussah, als ob er, Paul Biya, nicht offen sei für Dialog. Auch sei er sich bewusst, dass viele glaubten, seine Regierung befürworte eine militärische Lösung oder gar einen Völkermord, was er als absurd bezeichnete.

Nach seiner Ankündigung des nationalen Dialogs argumentierte Biya, die jüngst verhängten lebenslangen Haftstrafen für Separatisten seien keine Bedrohung für den Friedensprozess. Schließlich habe er verfassungsgemäß die Macht, eine Begnadigung zu erwirken. Gleichzeitig appellierte er an ausländische Nationen, die Separatisten Zuflucht gewährten, Kamerun zu helfen, indem sie diese „Terroristen“ verhafteten.

Der Präsident beendete seine Rede, deren versöhnlicher Charakter während seiner Regentschaft ohne Beispiel ist, mit seiner Erwartung an Ergebnisse des nationalen Dialogs, der die Lage in den beiden anglophonen Regionen NWR (Northwest) und SWR (Southwest) zum Thema hat.

Man kann Biyas Rede willkommen heißen und seine Entscheidung für einen nationalen Dialog, der bewaffnete Separatisten und Diaspora-Mitglieder einschließt, für lobenswert halten. Aber seine Rede beinhaltet eine ganze Reihe von Fallstricken, von denen ich die fünf wichtigsten hier benenne:

1. Der Präsident ignorierte vollkommen die tieferen Ursachen des Konflikts, welche viele Quellen, besonders politische und rechtliche Studien, auf die Entkolonialisierung des Britischen Südlichen Kameruns und auf die gescheiterten Verfassungen seit 1961 zurückführen. Damit sind die derzeitigen Spannungen in den beiden Regionen NW und SW eng verknüpft.
2. Biya beschuldigte nur die separatistischen Kämpfer und sprach gleichzeitig die bewaffneten Sicherheitskräfte und das Militär frei von jeglichen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in NWR und SWR. Dies steht im Widerspruch zu Informationen aus gut informierten Quellen, die bestätigen, dass der Konflikt durch gewaltsames Durchgreifen gegen friedliche Proteste durch Militär und Sicherheitskräfte der Regierung ausgelöst wurde, einschließlich der fortgesetzten Verbrennung von Dörfern, Tötungen und Verstümmelung.
3. Paul Biya spielte die historische Marginalisierung herunter, welche die Anglophonen in Kamerun erlitten haben, obgleich sie gut dokumentiert ist. Es ist unfair, wenn der Präsident den Anglophonen vorschlägt, sich mit dem Amt des Premierministers (der vierte Mann in der Republik) zu begnügen, während die Anglophonen eine Wiederherstellung ihrer politischen Autonomie wie in der Zeit vor 1961 fordern.
4. Biya beharrte auf einer Dezentralisierung und deutete damit an, dass Föderalismus nicht Ergebnis des von ihm geforderten nationalen Dialogs sein kann. Neben der Forderung nach Verhaftung "separatistischer Terroristen" im Ausland bedeutet dies, dass der von ihm

angekündigte Dialog eine breite Palette von Auflagen beinhaltet. Das steht in krassem Gegensatz zu allen Appellen für umfassenden Dialog ohne Vorbedingungen.

5. Präsident Biya hat nicht ausgesprochen, dass die Entmilitarisierung ein äußerst wichtiger Schritt zur Deeskalation ist. Viele Beobachter haben auf der Grundlage der Rolle der Bewaffneten und Sicherheitskräfte bei der Eskalation des Konflikts den Abzug der Truppen aus dem NWR und SWR vorgeschlagen, um Spannungen abzubauen. Biya scheint also ein Manöver zu verfolgen, das ihn in die Lage versetzt, die Bedingungen der Konfliktlösung zu diktieren.

War Paul Biyas Ton versöhnlich, wie wir bereits festgestellt haben, so ist sein nationaler Dialog hingegen eine weitgehende Abkehr von seinem Gelübde, die Terroristen zu vernichten, die sich in der NWR und SWR als Sezessionisten bezeichneten. Entgegen den Behauptung des Präsidenten verleihen Wahlen *de jure* Legitimität, während der Einsatz von Guerilla-Taktik *de facto* Legitimität verleiht.

Auch gibt es deutliche Anzeichen dafür, dass der internationale Druck auf dem Präsidenten lastet, das Problem zu lösen. Es ist offensichtlich, dass der Militär- und Sicherheitssektor ausgelaugt ist und der Regierung zunehmend die Finanzen ausgehen, während sie diesen Krieg nicht gewinnen kann. Daher würde das Streben nach einer militärischen Lösung in der Tat einem Völkermord gleichkommen. Der schmutzige Charakter einer militärischen Lösung mit ihren Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die angeblich von Teilen der bewaffneten und Sicherheitskräfte Kameruns begangen wurden, würde für alle offensichtlich werden.

Der Präsident muss also von seinem hohen Roß heruntersteigen und seine Herangehensweise an den nationalen Dialog überdenken. Solange sich der nationale Dialog noch in den Kinderschuhen befindet, braucht es Garantien auf einen möglichen Erfolg. Es wird immer deutlicher, dass der Präsident nicht in der Lage ist, irgendwelche Bedingungen für ein Engagement im Konfliktlösungsprozess zu diktieren.

Es wäre also gut, wenn der Präsident jetzt eine Reihe von Maßnahmen umsetzt. Der Präsident sollte:

- Vertrauen in den Dialogprozess ermöglichen, indem über offizielle Regierungskanäle zugegeben wird, dass ursächlich für den Konflikt die Entkolonialisierung der britischen Südkameruner und alle Verfassungsprozesse seit 1961 sind, die Britisch-Südkameruns Autonomie geschadet haben
- Bereitschaft zeigen, das offensichtlich legitime Streben der Separatisten nach Unabhängigkeit offen zu diskutieren in Offenheit für politische Autonomie der ehemaligen britischen Südkameruner in Form einer Rückkehr zu zwei Staaten
- noch bevor ein nationaler Dialog beginnt, die Organisation der anglophonen Generalkonferenz (AGC) erlauben. Die Regierung hat den Entstehungsprozess der AGC mehrmals ins Stocken gebracht. Die von Kameruns katholischem Kardinal Tumi geforderte AGC sollte den Anglophonen ermöglichen, vor jedem künftigen Dialog einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten. Die Blockade dieser Konferenz erzeugt den Verdacht, dass Biya in Wirklichkeit Spaltung und Alleinherrschaft anstrebt.

- alle im Zusammenhang mit dem Konflikt Verhafteten freilassen, einschließlich der zu lebenslanger Haft inhaftierten Separatistenführer
- eine allgemeine Amnestie und Waffenruhe zu sprechen und Maßnahmen zur Entmilitarisierung von NWR und SWR ergreifen
- die Straflosigkeit von Militär und Sicherheitssektor in dem Konflikt beenden
- und den nationalen Dialog selbst leiten

In seiner jetzigen Form zeigt der nationale Dialog von Paul Biya weiterhin die Absicht, die Bedingungen für die Aufnahme künftiger Verhandlungen zur Beendigung des anglophonen Konflikts zu diktieren. Die Separatisten waren nicht der Ursprung des Konflikts, sondern staatliche Repression. Nachdem sie de facto Legitimität erlangt haben, ist es schwer vorstellbar, dass die Separatisten freiwillig neutral werden. Dem Präsidenten wird von den Anglophonen stark misstraut, und keine tatsächlich bewaffnete Gruppe wird aus Angst vor Verhaftung bereit sein, nach Jaunde zu gehen. Selbst wenn bewaffnete Gruppen beim Dialog anwesend sind, besteht bereits der Verdacht, dass es sich dabei lediglich um Mitglieder eines von Biya geschaffenen Regimes handelt.

Daher kann Biyas Nationaler Dialog, auch wenn er lobenswert ist, nicht mehr sein als ein Auftakt zu vermittelnden Gesprächen zwischen dem Regime und den Separatisten. Er dient eher als Forum für Biya, um Ratschläge zu erhalten, wie man in Anwesenheit eines Vermittlers und an einem anderen Ort als dem Sitz seiner Regierung Verhandlungen mit den Separatisten aufnehmen kann. So wird der nationale Dialog bestenfalls Anweisungen an den Präsidenten widerspiegeln, was die Nation in vermittelten Gesprächen zwischen Jaunde und den Separatisten auf dem Tisch haben will. Zu glauben, dass dieser nationale Dialog in seiner gegenwärtigen Form voller Bedingungen und Verweigerung den Konflikt beenden könnte, ist eine Utopie. Viel wahrscheinlicher dient er als schöner Werbefilm, um internationale Sanktionen zu vermeiden und um Biya zu erlauben, weiter mit der Welt der Staats- und Regierungschefs bei der bevorstehenden Generalversammlung der Vereinten Nationen zu interagieren.

BY **DC EDITORS** - September 10, 2019 Democracy Chronicles

Übersetzung: Johannes Stahl

<https://democracychronicles.org/five-pitfalls-of-president-paul-biyas-call-for-a-national-dialogue/>